

# SOZIALISMUS



## Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends · Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr · Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. · Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an · Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 24 · 37. Jahrgang

Berlin, den 13. Juni 1931

### Die neue Notverordnung

Man soll mit trüben Vorher sagungen sehr vorsichtig sein. Meist verdirbt man sich und anderen die Laune, die sich auch nicht bessert, wenn es nachher nicht so schlimm kommt. Was aber über den Inhalt der neuen Notverordnung, die nun vorliegt, prophezeit wurde, ist voll eingetroffen. Sie bringt für die werktätige Bevölkerung eine soziale Belastung, wie sie ärger nicht gedacht werden konnte. Wohl gemerkt, nur für die Besitzlosen, die in der Krisenzeit nicht mehr aus und ein wissen, und für die im Elend fast Verzweifeln, für die Arbeitslosen; die Großverdiener genießen, wie kann es anders sein, schonendste Behandlung. Natürlich werden auch sie herangezogen, aber so, daß es ihnen nicht sonderlich weh tut.

Nehmen wir zuerst das Kernstück des Ganzen, die Krisensteuer, und wir erkennen sofort die ungleiche Behandlung zwischen Lohnsteuerzahlern und Veranlagungspflichtigen. Die Lohnsteuerzahler müssen vom Bruttoarbeitslohn die Steuer entrichten, Veranlagungspflichtige vom Nettoeinkommen. Also Werbungskosten und Sonderleistungen für zu unterstützende Familienangehörige dürfen bei dieser Steuer von Arbeitern und Angestellten nicht in Abzug gebracht werden, bei dem Veranlagten wohl. Wenn bei ihm ein steuerpflichtiges Einkommen nicht festzustellen ist, bleibt er von der Krisensteuer befreit; wenn er auch Tausende für sich verbraucht hat. Wer weniger als 1200 M. verdient, wird zur Steuer nicht herangezogen, nur die Landwirte genießen den Vorzug, bis zu einem Einkommen von 6000 M. von der Krisensteuer befreit zu sein. Die Krisensteuer beträgt für Lohnempfänger bei Jahreseinkommen bis zu . . . . . 3 600 M. 1 Proz. bei Jahreseinkommen v. 3 600 bis zu 4 800 M. 1 1/2 Proz. bei Jahreseinkommen v. 4 800 bis zu 6 000 M. 2 Proz. bei Jahreseinkommen v. 6 000 bis zu 7 200 M. 2 1/2 Proz. bei Jahreseinkommen v. 7 200 bis zu 8 400 M. 3 Proz. bei Jahreseinkommen v. 8 400 bis zu 12 000 M. 3 1/2 Proz. bei Jahreseinkommen v. 12 000 bis zu 18 000 M. 4 Proz. bei Jahreseinkommen v. 18 000 bis zu über 36 000 M. 5 Proz.

Die Krisensteuer der Veranlagten beträgt bei Jahreseinkommen bis zu . . . . . 3 600 M. 0,75 Proz. bei Jahreseinkommen v. 3 600 bis zu 6 000 M. 1 Proz. bei Jahreseinkommen v. 6 000 bis zu 20 000 M. 1 1/2 Proz. bei Jahreseinkommen v. 20 000 bis zu 100 000 M. 2 Proz. bei Jahreseinkommen v. 100 000 bis zu 250 000 M. 2 1/2 Proz. bei Jahreseinkommen v. 250 000 bis zu 500 000 M. 3 Proz. bei Jahreseinkommen v. 500 000 bis zu 1 000 000 M. 3 1/2 Proz. über 1 000 000 M. 4 Proz.

Man sehe sich die Tabelle genau an. Ein Arbeiter, der 1900 M. verdient, hat 1 Proz. abzuführen, ebensowiel wie ein Veranlagter mit einem Einkommen von 6000 M. In derselben gerechten Weise geht es munter weiter. Dem Arbeiter wird die Steuer sofort bei der Lohnzahlung in Abzug gebracht, sie wird auch in keinem Falle zurückerstattet. Der Veranlagte ist geschützt, da sich bei ihm die Abschlußzahlung nach der Veranlagung richtet.

Außerdem ist zu beachten, daß die Lohnsteuererstattungen für Arbeiter überhaupt in Fortfall kommen. Hat ein Kollege durch Arbeitslosigkeit, Krankheit oder andere Umstände verschuldet, zuviel Steuern entrichtet, so bekommt er keinen Pfennig wieder zurück. Anträge auf Lohnsteuererstattungen kann sich nur jeder Kollege ersparen. Man nehme aber nicht an, daß die Großverdiener ebenso behandelt werden. O nein. Günter Stein bringt dazu im „Berliner Tageblatt“ eine Gegenüberstellung:

„Nehmen wir an, jemand verdiente im vorigen Jahr 50 000 Mark und mußte 36 Prozent Steuern zahlen. Seine Vorauszahlungen sind auch für dieses Jahr auf 36 Prozent basiert. Er verdient aber nur in den ersten sechs Monaten die erwarteten 25 000 Mark, in der zweiten

Hälfte des Jahres verdient er nichts. So ist sein gesamter Jahresverdienst - nach dem ja der Steuerlohn bemessen wird - nur 25 000 Mark. Dafür rechnet die Steuer nur etwa 18 Proz. Er hat also zuviel gezahlt und bekommt die Hälfte seiner Steuerzahlungen zurück. - Nicht so beim armen Mann: Sagen wir, jemand verdiene 400 Mark, wovon ihm 8 Prozent Monat für Monat abgezogen werden. Er werde nach einem halben Jahr arbeitslos, so daß sein halbiertes Gesamteinkommen nur noch den Steuerlohn von 4 Prozent rechtfertigt. Sein Anspruch wird gestrichen - so will es die neue Notverordnung. Denn er ist ein kleiner Mann.“

In den letzten Jahren wurden 70 bis 80 Millionen zuviel gezahlter Lohnsteuer zurückerstattet. Für das Jahr 1931 fallen die Erstattungen fort. Statt dessen gewährt das Reich den Gemeinden einen Zuschuß von 60 Millionen für die Unterstützung der Wohlfahrts-erwerbslosen.

Die Notverordnung bringt außerdem einen Unterstützungsabbau in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge. Zusammengefaßt sieht die Einschränkung der Leistungen so aus:

Die Unterstützungen werden in allen Lohnklassen durch eine fünfprozentige Kürzung des Einheitslohnes gekürzt. Arbeitslose mit bezugsfähiger Arbeitslosigkeit erhalten verfassungsmäßige Unterstützung nur auf die Dauer von 20 Wochen und nur in Höhe der Sätze der Krisenfürsorge. Die Wartezeiten werden allgemein verlängert, die Pflicht zur Arbeitsaufnahme verschärft und die Möglichkeiten, die Unterstützung von einer Arbeitsleistung abhängig zu machen, erweitert. Jugendliche bis zu 21 Jahren, ebenso Ehefrauen, erhalten Arbeitslosenunterstützung nur, wenn ihr Unterhalt nicht auf sonstige Weise gesichert ist. Wegen einer Abwanderung Arbeitsloser in die Großstädte werden Maßnahmen getroffen. Die besonderen Maßnahmen für arbeitslose Angehörige des Tabakgewerbes werden eingestiftet.

Der ganze Fehlbetrag der Arbeitslosenunterstützung von 400 Millionen soll ausschließlich durch Leistungsabbau gedeckt werden. Das bedeutet, nur die Arbeiter werden zur Deckung herangezogen, die Unternehmer gehen frei aus. Die Beseitigung der Tabakarbeiterunterstützung trifft nur die Arbeiter, die Entschädigung für die Tabakfabrikanten wird aufrechterhalten.

Die Notverordnung erzwingt zur Senkung der Ausgaben eine Gehaltskürzung der Beamten, die nach Ortsklassen gestaffelt 4 bis 8 Proz. betragen soll und nach dem früheren Gehalt vor der ersten Gehaltskürzung berechnet wird. Die Kürzung des Einkommens erstreckt sich auch auf Arbeiter und Angestellte aller öffentlichen Körperschaften bis auf wenige Ausnahmen und auf Beamte, Angestellte und Arbeiter bei den Ländern und Gemeinden. Bei der Krisenversorgung kommt die Kinderzulage für Leichtbeschäftigte in Fortfall, außerdem ist eine Senkung der Ortszulagen und die Anrechnung der Renten auf öffentliche Einkommen und andere Versicherungen vorgesehen. Die hohen Pensionen werden nicht gekürzt, die Empfänger hoher Pensionen sollen durch eingeschriebenen Brief aufgefordert werden, auf einen Teil ihrer Bezüge zu verzichten.

In der Notverordnung wird die Reichsregierung weiterhin ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats für einzelne Gewerbe- oder Arbeitnehmergruppen, abgesehen von Kleinbetrieben, die Arbeitszeit bis auf 40 Stunden herabzusetzen und die Zulässigkeit tariflicher Mehrarbeit von einer behördlichen Genehmigung abhängig zu machen. Dabei soll den Bedürfnissen solcher Industriezweige Rechnung getragen

worden sein, bei denen der stoßweise Eingang eiliger Aufträge oder die Wettbewerbslage gegenüber dem Ausland besonders Beweglichkeit in der Arbeitszeit erfordert. Von einer Herabsetzung der Arbeitszeit wird auch dort abzusehen sein, wo der Lohn bereits an der Grenze des Existenzminimums liegt. In erster Linie soll die Arbeitsreduktion im Wege freiwilliger Vereinbarung durchgeführt werden. Am voranzugehen, hat die Reichsregierung beschlossen, in den Betrieben und Verwaltungen des Reiches die regelmäßige Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich herabzusetzen und nur da längere Arbeitszeiten zuzulassen, wo die Vertüzung aus bestimmten Gründen nicht durchführbar ist. Auf ein entsprechendes Vorgehen der Länder, Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts wird mit allen Mitteln hingewirkt werden.

In einem Aufruf der Reichsregierung, der der Notverordnung beigegeben ist, wird von Härten gesprochen, die alle Kreise treffen. Gewiß müssen auch die Besitzenden der Not steuern helfen, die Verordnung trifft wohl alle Kreise, aber nicht mit gleicher Schwere. Arbeiter und Angestellte haben die Hauptlasten zu tragen. Die Krisensteuer belastet Arbeiter und Angestellte zwei- bis dreimal so stark als die besitzenden Schichten; der Fehlbetrag bei der Arbeitslosenunterstützung soll durch Leistungskürzungen eingepart werden, wird also allein durch die Arbeiter aufgebracht und nicht, wie das Gesetz bestimmt, zu gleichen Teilen von Arbeitern und Unternehmern. Die neue Notverordnung ist eine soziale Ungerechtigkeit, darüber helfen auch die schönen Worte in dem Aufruf der Reichsregierung nicht hinweg. So kann sie nicht bleiben.

### Ein interessanter Fall

Unter dieser Überschrift veröffentlichte die „Deutsche Invalidenversicherung“ Nr. 4 die Darstellung eines Rechtsstreits, bei dem es sich um die Anwartschaft in der Invalidenversicherung handelte. Ein fast ganz erblindeter Arbeiter hatte Antrag auf Gewährung der Invalidenrente gestellt. Da innerhalb des zweijährigen Zeitraums seit dem Ausstellungstage der Ruitungskarte mindestens 20 Beitragsmarken entrichtet sein müssen, wenn die Anwartschaft nicht erlöschen soll, und bei unserem Kollegen nur 19 Beitragsmarken zu finden waren, schien der Antrag nicht begründet. Der Kollege behauptete aber mit voller Bestimmtheit, daß er 20 Marken in die Karte gesteckt habe und eine abgeprägten sein müsse. Dafür sprach auch die Tatsache, daß die Marken scheinbar nicht fortlaufend entrichtet waren; denn es befand sich in der Mitte ein freies Feld. Es bestand daher die Vermutung, daß die Angaben des Kollegen richtig waren. Die Karte wurde daher einem heimischen Sachverständigen zur Prüfung daraufhin übergeben, ob auf dem freien Markenfelde Reste einer abgeprägten Beitragsmarke zu finden seien. Aber der erfahrene Sachverständige fand nicht die geringste Spur. Darauf wurde die Karte photographisch stark vergrößert. Auch jetzt war glatt nichts zu finden, was auf Gummireste hätte schließen können. Die Ausfichten des Kollegen auf Gewährung der Rente waren auf ein Minimum gesunken. Jedoch kam ein glücklicher Umstand zu Hilfe. Der Kollege hatte tatsächlich 20 Marken entrichtet. „Bei näherem Betrachten der Marken fiel nämlich auf, daß bei einer Marke die Jackenränder ein klein wenig verwischt schienen. Als begonnen wurde, diese Marke vorichtig abzulösen, ergab sich, daß 2 weitere Marken übereinander lagen. Der Verifizierte hatte also zwei Marken statt nebeneinander übereinandergelegt. Die Anwartschaft war danach gerettet.“ Wir bringen diese auf Wahrheit beruhende Episode als einen Beweis dafür, wie notwendig es ist, daß jeder Versicherte seine Anwartschaft selbst prüft, bevor er Antrag auf Rente stellt.

# Su den Anträgen zum Verbandstag

Kollege Wolken forderte auf, unter eifriger Benutzung unserer „Solidarität“ das weite Antragsgebiet des Verbandstages jenseits zu helfen. Bremen als immerhin namhafte Jahrestelle ist in dem Reigen der Antragsteller nicht vertreten. Um den Verdacht der Uninteressiertheit abzuwenden, sei nachstehend eine sozuzugang antwortende Einzelfrage erörtert.

Die vielen Anträge zur Invalidenversicherung lassen den Anschein aufkommen, als wäre sie das A und O unserer ganzen gewerkschaftlichen Bewegung überhaupt. Es liegt mir selbstverständlich fern, weder den kollegialen Geist noch die aufgewendete Mühe der Berechnungen im geringsten zu schmälern oder zu vertennen. Eine Frage sei erlaubt: Hätten wir bis jetzt noch keine Invalidenversicherung in unserer Organisation, würde auf der kommenden Tagung die Einführung einer solchen beantragt resp. beschlossen werden? In der verneinenden Antwort liegt eine Zwangsläufigkeit, begründet in der drückenden Wirtschaftskrise. Logischerweise müßte aus denselben Gründen auch von einem weiteren Ausbau zur Zeit Abstand genommen werden. Bestärkt wird diese Ansicht dadurch, daß selbst unser Hauptvorstand zum § 11 nur Anträge fast formalen Inhalts eingebracht hat.

Der Kölner Verbandstag hat Beiträge und Leistungen der Invalidenversicherung in verantwortungsvoller Weise und mit gebotener Vorsicht festgelegt. Liegt auch der letzte Jahresbericht des Hauptkassierers zur Zeit noch nicht vor, so ist ein günstiger Abwärts immerhin zu erwarten. Ist aber nicht trotzdem doppelte Vorsicht am Platze? Sie trägt vielleicht gegenüber den Invaliden den Anschein unpopulärer Politik, aber die übrigen, mindestens 98 Proz. der Kollegenenschaft, haben doch auch Anspruch auf Wahrung ihrer Anwärterrechte. Die Krise und Nationalisierung hat unserem Mitgliedsbestand für dauernd Tausende entzogen, der Zugang zur Invalidität zeigt jedoch allgemein zunehmende Tendenz, während wir bei Schaffung der Invalidenversicherung doch noch mit weiterem Aufstieg, einem stetigen Anwachsen unserer Gesamtmitgliedschaft gerechnet haben. Also, bei einer immer geringer werdenden Zahl von Beiträgen wird eine immer höhere Zahl von Invaliden zu unterhalten sein. Von der Mitgliedschaft erhöhte Beitragsleistung zu verlangen, ist bei den gesunkenen Löhnen und der ständig wachsenden allgemeinen Besteuerung eine schwer zu prüfende Zumutung. Wenn wir bedenken, daß andere Organisationen ihre Ausgaben schon arg haben beschränken müssen, so tun wir schon genügend, das Bestehende zu halten bzw. äußerst vorsichtig auszubauen.

Drei anstehende Krisenjahre liegen hinter uns, bis zum nächsten Verbandstag werden schwere wirtschaftliche und politische Entscheidungen fallen. Haben wir uns bis dahin als freie Gewerkschaft behauptet, dann können wir auch weiter arbeiten am inneren Ausbau unserer Organisation. Stuttgart aber gehöre der Gegenwart!

Fr. Pünjer (Bremen).

Bei Durchsicht der Anträge zum Verbandstag, die sich mit geringen Ausnahmen auf Änderung in der Beitragszahlung und Erhöhung der Unterstufungen beschränken, kommt einem alten Verbandsfunktionär der Gedanke, ja, haben denn die Antragsteller die Auswirkung ihrer Anträge auch genau berechnet? Es ist doch wohl nicht annehmlich, daß große Jahrestellen (Frankfurt a. M. und Berlin) oder die Vertretung ganzer Gaue (wie Gau I) Anträge einreichen, ohne genaue Unterlagen über ihre Auswirkung zu haben. Sind diese Unterlagen aber vorhanden, warum kommen sie nicht zur Kenntnis der Mitglieder, warum werden keine Begründungen dazu gegeben (in unserer „Solidarität“), aus welchem Grunde sind die Antragsteller so schweigsam?

In Mitgliederkreisen werden Hoffnungen geweckt, sind Erwartungen ausgelöst, besonders bei arbeitslosen und ausgesteuerten Mitgliedern, durch diese Anträge, die manches versprechen. Kollegen und Kolleginnen, die dauernd arbeitsunfähig, also invalide sind, aber keine Unterstützung nach den bestehenden Bestimmungen des Statuts erhalten, wird durch manchen Antrag Unterstützung versprochen. Besteht nun die Möglichkeit eines Unterstützungsbezuges oder einer Erhöhung der bisher vom Verband gewährten Invalidenrente? Alles das sind Fragen, die ja zuletzt der Verbandstag beantworten wird, wodurch aber manches Mitglied stark enttäuscht werden kann. Große Verzögerung ist dann die Folge in den notleidenden Mitgliederkreisen.

In einer Unterredung mit einigen Kollegen wurden die Anregungen zu diesem Artikel gegeben. Man sprach über den Antrag von Frankfurt a. M., der eine andere Beitragsregelung vorschlägt. Der Antrag verlangt den Wegfall der ersten Beitragsklasse, wodurch die am geringsten entlohnten Mitglieder schwer belastet würden. Sie hätten dann ungefähr den doppelten Stundenlohn als Beitrag zu entrichten. Dabei will der An-

trag die Festsetzung des Beitrages auf einen Stundenlohn! Richtig überdacht ist anscheinend dieser Antrag nicht. Wie wollen die Frankfurter Antragsteller nun aber den tatsächlichen Wochenverdienst immer genau feststellen, das ist nicht so einfach bei den unterschiedlichen Verdiensten besonders der Nacht- und Schichtarbeiter. Außerdem sind heutzutage die Leistungszulagen, die getroffen werden sollen, nicht zu hoch. Wer sich eine Berechnung anstellt, wird finden, daß mit Ausnahme des Frankfurter Antrages der Verbandskasse kein guter Dienst geleistet wird. Der Ausfall wird so groß sein, daß er in einem Jahr, nur ganz roh berechnet, 200 000 M. übersteigt. Die Frankfurter können ja nachrechnen oder den Verbandskassierer fragen.

Was Görlich will, geht doch auch nicht. Eine Beitrags-erhöhung in der bösen Krisenzeit wird kaum beschlossen werden können und schwer durchzuführen sein. Diese Wünsche müssen vertagt werden, bis bessere Zeiten kommen. Hoffen wir, daß sie bald kommen.

Die Vertreter vom Gau I versprechen viel, auf sie bezieht sich besonders, was einleitend gesagt wurde. Wer möchte nicht eine Erhöhung der Krankenunterstützung, wie sie Gau I und Görlich vorschlagen? Görlich macht sich noch um die Deduktion Gedanken, Gau I aber gibt sich damit nicht ab und will gleich noch eine Verlängerung der Bezugsdauer. Die Vertreter vom Gau I werden sich die finanzielle Auswirkung berechnet haben oder nicht? Dann sollten sie es tun, und sie werden finden, daß die Verbandskasse auch mit mehr als 200 000 M. (ganz roh, aber nicht zu hoch gerechnet) die Annahme dieses Antrages bezahlen müßte.

Die vielen Anträge zur Invalidenunterstützung können einzeln gar nicht besprochen werden. Kollege Wolken erwähnte schon ihre Vielgestaltigkeit. Sie erwecken die größten Hoffnungen, und darin liegt die große Gefahr, weil sie kaum verwirklicht werden können. Eine genaue Berechnung machte schon ein Artikelschreiber in Nr. 20 der „Solidarität“, er warnte vor großen Erwartungen. Bei der ständigen Erhöhung der Invalidenzahl müssen die Überschüsse dauernd zurückgehen. Sie tun das auch und sind, wie unser Kollegenkreis in Erfahrung gebracht hat, von 60 000 M. auf 48 000 M. im Quartal zurückgegangen. Neugierig, wie wir sind, haben wir uns auch um die Auswirkung des Berliner Antrages bekümmert und dabei roh errechnet, daß seine Annahme die Ausgaben für diesen Unterstufungszweig von 8000 M. auf 32 000 M. im Quartal erhöhen würde. Haben die Berliner das auch errechnet?

Es sind also Gefahren vorhanden. Solche Änderung der Kassenlage, die Zahl der invaliden Mitglieder muß sich ja naturgemäß ständig erhöhen, kann zu katastrophalen Folgen für die Unterstufung der invaliden Mitglieder führen. Das muß vermieden werden. Wir bitten den Verbandskassierer, sehr vorsichtig zu rechnen und Zurückhaltung zu üben. Wir verlangen von ihm und dem Verbandsvorstand, daß er uns unbedingte Gewähr bietet für Sicherstellung einer dauernden Unterstufung unserer arbeitsunfähigen Kollegen und Kolleginnen. Wir sind sogar der Ansicht, daß die finanzielle Kraft des Verbandes nicht zugunsten der Unterstufungseinrichtungen geschwächt werden darf. Der Verbandstag und Verbandsvorstand soll uns beweisen, wie Kollege Pucher auf einem Goutage nach einem Bericht in der „Solidarität“ gesagt hat, daß wir eine Kampforganisation und kein Unterstufungsverein sind. Er soll uns das durch seine Arbeit beweisen, große Worte wollen wir gar nicht hören.

K a e s. )



Bestell Nr. 358 - d. Unfallverhütungsbild G. m. b. H. & Verb. d. Dtsch. Berufsgenossenschaft Berlin W. 9.

# Ausland

Internationales Buchdrucker-Sekretariat

Sitzung der Sekretariatskommission vom 31. Mai 1931

Auf ein gestelltes Gesuch hin wird der Verband der Maschinensetzer, Mechaniker und verwandter Berufe in Buenos Aires (Argentinien) in die Buchdrucker-Internationale aufgenommen und als neues Mitglied herzlich willkommen geheißen.

Die Ausperrung in Norwegen und die Unterstützung der dortigen Kollegen geben Anlaß zu einem Situationsbericht. Drei Verbände haben um Dispensation nachsuchen müssen, die übrigen aber erfüllen ihre Pflicht mit vorbildlichem Opfermut. In Norwegen ist die Urabstimmung über vorgelegte Schlichtungsanträge im Gange, und es ist zu hoffen, daß damit die Ausperrung ein baldiges Ende finden werde. Die Abwendung der Unterstufungen ist bis auf ausdrückliche Weisung seitens des Sekretariats fortzusetzen.

Begüglich des Streiks der Buchdrucker in Brüssel werden tief bedauert und die Stellungnahme des Internationalen Sekretariats als einzig richtig bezeichnet.

Das Internationale Arbeitsamt lädt den internationalen Sekretär zu einer Konferenz ein, die die Frage des Austausches junger Gehilfen der vorläufigen Lösung zuführen soll. Außer den Regierungs-, Prinzipals- und Arbeitervertretern Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und der Tschechoslowakei, wo eine Übereinstimmung gefunden ist, wird auch der Vorsitzende der Prinzipals-Internationale an der Konferenz teilnehmen. Die Einladung wird angenommen und der internationale Sekretär abgeordnet. Die Konferenz wird am 15. Juni, bei Anlaß der Internationalen Arbeitskonferenz, in Genf stattfinden.

Da zu vorgenannter Konferenz drei Mitglieder der Erweiterten Sekretariatskommission in der Schweiz sein werden, beschließt die Kommission, den Anlaß zu einer Sitzung der „Erweiterten“ zu benutzen, da verschiedene wichtige Fragen der Lösung harren. Umstände, halber sieht sich die Kommission gezwungen, die Sitzung nach Basel einzuberufen, und zwar im Anschluß an die Genfer Konferenz, also am 16. und 17. Juni nächsthin.

Die immer wieder auftauchende Frage des Vitalismus und diejenige der Anfechtung der Kassen für aus der Lehre in die Gehilfenverbände übertretende junge Kollegen werden noch besprochen, letztere zu Händen der Sitzung der Erweiterten Sekretariatskommission.

## Die amerikanischen Arbeiter in russischen Betrieben

Der Berliner Vertreter der „New York Evening Post“, S. A. Kniedboder, hat sich zwei Jahre in Rußland aufgehalten und dort die Verhältnisse eingehend studiert. In dem soeben erschienenen Buche „Der rote Handel brot“ faßt der Amerikaner seine Eindrücke zusammen. Welche hervorragende Rolle die Amerikaner bei der Durchführung des Fünfjahresplans spielen, wird in dem Buche sehr deutlich dargestellt. Nach dem Verfasser gibt es im Sowjetstaate kein Industriegebiet, das nicht unter Leitung von Amerikanern aufgebaut wird. Einer der größten Betriebe ist die Traktorenfabrik in Stalingrad. Hier arbeiten 380 Amerikaner als Ingenieure, Werkmeister und Vorarbeiter. Der Verfasser führt bei dieser Gelegenheit u. a. aus:

„Auf Grund eines einjährigen Vertrages erhalten hier die amerikanischen Arbeiter je Monat 200 bis 300 Dollar (840 bis 1260 M.), die in Dollar auf eine amerikanische Bank eingezahlt werden, und außerdem 300 bis 400 Rubel monatlich, die in Stalingrad selbst in Rubeln zur Auszahlung gelangen. Ihr Frühstück, Mittag- und Abendessen kostet in dem amerikanischen Restaurant je Tag 3 Rubel 50 Kopeken, die Wohnungsmiete 22 bis 32 Rubel je Monat. Kognat, Wein und Bier stehen in Mengen und zu sehr billigen Preisen in dem speziellen genossenschaftlichen Laden zu ihrer Verfügung. Das Essen in dem Restaurant bei den beiden Hauptmahlzeiten war, wie ich feststellte, genau so gut wie daheim in jedem guten Boardinghaus mittlerer Klasse. Die Sowjetunion rückt sich in hohem Maße auf die Hilfe amerikanischer Ingenieure und qualifizierter Arbeiter, um den Fünfjahresplan zu einem Erfolg zu führen. Zu diesem Zweck investiert sie einen für Rußland sehr erheblichen Betrag an Geld. Die Gesamtzahl der an dem Plan mitarbeitenden Amerikaner beträgt rund 1000. Ingenieure erhalten 5000 bis 10 000 Dollar im Jahre, die meisten von ihnen nicht unter 10 000 Dollar.“

Mit der den Amerikanern gewährten Entlohnung vergleiche man, wie erbärmlich dagegen die 180 Millionen Rubeln zu leben gezwungen sind. Den an hohe Löhne gewöhnten Amerikanern wirft man das Geld in den Hals und die armen russischen Proleten müssen desto mehr darben. Aber die Traktorenfabrik selbst führt der Amerikaner aus, daß diese Fabrik die modernste der ganzen Welt sein dürfte.

„Das Montagegebäude, starrend von einem Wald von Drehbänken, Drillbohrern, Zahnschneidmaschinen und Hunderten von Maschinen, die nur ein Spezialist zu benutzen vermöchte und die alle amerikanische Schweißmarken tragen, erstreckt sich 446 Meter in der Länge und 105 Meter in der Breite und wird von Wassermotoren eingeschlossen, die das Licht wie in ein Kessel hineinströmen lassen.“ Die Fabrik ist eingeteilt auf eine Leistungsfähigkeit von einem Traktor alle fünfundeineviertel Minute, 11 je Stunde, 50 000 je Jahr.

## Der neue Unternehmerhndikus

Die Vertretung der Unternehmer durch Berufs-fremde bei Verhandlungen und vor den Arbeits-gerichten erfordert von den Gewerkschaftsvertretern größte Aufmerksamkeit und besondere Einstellung. Fritz Heller gibt in „Wirtschaft und Wissen“ (Heft 12, Jahrgang 1930) eine soziologische Studie des Unternehmerhndikus der wir nachfolgende Ausführungen entnehmen.

Die zunehmende Verschärfung des Klassenkampfes und die steigende Bedeutung der Interessengruppen bei den sozialen Gegenspielergruppen haben die Wichtigkeit der Rolle der Verbandsbürokratie zweifelsohne vergrößert. Die beamteten Funktionäre der Arbeit-nehmerorganisationen fühlen sich mit ihren Kollegen in der Bewegung bis auf das Letzte verwachsen. Die An-gestellten der Unternehmerverbände dagegen sind ihrer ganzen soziologischen Lage nach in viel höherem Maße Vertreter und Verfechter fremder Interessen. Der beamtete Funktionär eines Arbeitnehmerverbandes gelangt in seine Stellung auf Grund langjähriger Be-währung, die er beweisen mußte in Zeiten, da er selbst und auch seine Kollegen nicht an die Anstellung dachten. Er empfindet darum seine Spitzenstellung nicht als Beruf, sondern in viel höherem Grade als Berufung. Beim Unternehmerhndikus ist es fast immer umge-kehrt: Er bewirbt sich um eine Stellung, weil er glaubt, gewisse arbeitsrechtliche, verhandlungstechnische und organisatorische Qualitäten zu besitzen. Die Gesinnung legt er sich an dem Tage zu, an dem er das Anstellungs-schreiben mit der Post zugestellt erhält. Also hier gerade der entgegengesetzte Entwicklungsgang.

Die besondere Einstellung des Unternehmerhndikus zu seinem Berufe, die Tatsache, daß er Interessen ver-tritt, die unmittelbar kaum die seinen sind, macht ihn zu einem besonders interessanten soziologischen Studien-objekt. Man kann ihn sehr genau in seiner Wirksamkeit beobachten bei den A r b e i t s g e r i c h t e n. Hier sieht man die Syndikali in Werktagkleidern und bei Werk-tagsbeschäftigungen, auf einem Gebiete, von dem sie mehr verstehen als ihre Auftraggeber.

Wie nehmen sie die Interessen der Unternehmer wahr? Die einen sehr geschickt, die anderen weniger. Es gibt unter ihnen primitiv-gewöhnliche Durchschnitts-menschen und sehr raffinierte und gewählte Geister. Auf die Dauer aber halten sie sich immer nur die tüchtigsten Kerle. Dafür sorgt neben anderem die gegenseitige Kon-turrenz und der gegenseitige Futterneid, weiter aber auch die K o n t r o l l e d e r H e r r e n u n d d e r S t a n d e s b e w a c h e r an ihrem Wohlwille oder der Nähe des Lohnkontos-er-zännen, wie weit die Gehälter des Syndikali sich rentieren. Wie die Syndikali im einzelnen ihren Dienst wahr-nehmen? Jeder von ihnen ist ein anderer Mensch. Jeder beherrscht die Materie anders und steht den Dingen anders gegenüber. Die Gegensätze zwischen ihresgleichen betreffen ja schließlich nicht nur Außerlichkeiten und Einkommensverhältnisse, sondern sehr oft auch die Vor-bildung. Akademiker — Nichtakademiker ist hier nicht selten ein Teil der inneren Gegensätzlichkeiten, innerhalb des Standes. Das gleicht sich allerdings immer mehr durch eine einseitige Umsichtigung aus, da die Unternehmerverbände den „Doktor“ gern anderen, nicht diplomierten Sterblichen vorziehen. Es sieht gut aus, wenn man möglichst viel Herren mit Titeln im Verbandsbüro hat, nicht auch im Verkehr mit den Be-hörden, wo sich die Angehörigen der gleichen Kaste be-kanntlich leichter finden. Eine solche Hochachtung, wie sie manche Arbeiterorganisationen vor Titeln haben, be-sitzen die Unternehmer aber trotzdem in keiner Weise; denn sie blicken mehr hinter die Kulissen und benützen die Diplome ihrer Angestellten nur für die Außenwirkung.

Es gibt Verbandsangestellte der Arbeitgeberorgani-sationen, die poltern und lärmern vor den Arbeits-gerichten. Sie suchen durch Schimpfen und Drohen etwas zu erreichen. Das sind in der Regel die Leute älteren Schlages, die unmodern, die es nicht anders gewohnt sind, von früher. Der Herr-im-Haufe-Standpunkt ist hier noch vorherrschend. Es betrifft das Leute, die sich nur durch etwas mehr äußeren Schlimm und durch ausgewähltere Kleidung unterscheiden von den Besseren und Reichtümern, wie wir sie in jedem anderen Berufsweige vorfinden.

Ihre jüngeren Kollegen sind schon von wesentlich besseren Umgangsformen. Das soll natürlich nicht be-sagen, daß sie weniger reaktionär und arbeitserfindlich sind. Aber sie sind löslicher, klüger, berechnender, be-herrschter, aufgewachsener und erzogen in einer Zeit, die nicht mehr die unbedingte Vorherrschafft des Unter-nehmermeritums kennt. Dieser Typus des Unternehmer-hndikus will nicht antworten, verlegen. Für ihn ist nicht die Umgangsmethode das Entscheidende, sondern der Erfolg.

Gerade beim Arbeitsgericht oder bei Verhandlungen mit Behörden kann man mit zwingender Deutlichkeit feststellen, daß der neue, sich zivilisierter benehmende Unternehmerhndikus mehr Ausichten auf Erfolg hat als sein forscher und schneidiger Kollege. Die modernen

Verbandsangestellten der Unternehmer erkennen schon viel mehr, daß es heute häufig gilt, zu überreden, zu überzeugen — einzuseifen. Das geht aber nur, wenn man berechnend und zuvorkommend in der Form ist, wenn man die für den Erfolg nötigen psychologischen Voraussetzungen schafft. Es ist kennzeichnend, daß eine ganze Anzahl von Prozeßbevollmächtigten der Arbeit-nehmerverbände versichert, daß sie die polternden und unnahegebigenden Syndikali als Verhandlungsgegner viel lieber haben als die höflicheren und zuvorkommenderen!

Die Entwicklung der Machtverhältnisse innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung stellt die Organisations-des Unternehmertums vor Aufgaben, die schwieriger geworden sind. Das Problem der Beeinflussung und der Überzeugung steht für sie mehr als früher im Vorder-ground ihrer Aufgaben und Wirkungsmöglichkeiten. Es kommt für die kapitalistischen Interessen nicht mehr darauf an, möglichst laut und polternd zu kämpfen, son-dern sie erfordern, Klassegenner, Indifferente, Uni-formierte, der Sache der Unparteilichkeit berufsmäßig oder aus Neigung Nachjagende zu gewinnen. Es ist außerordentlich wichtig, daß sich hier die Taktik der Syndikali ändert, obwohl sich die Klasseauseinander-setzungen unbekreitbar verschärft haben, obwohl die Gewerkschaften unzugewieselt vorstoßen in das ursprüng-liche Macht- und Verfügungsbereich der kapitalistischen Unternehmer.

Neben diesen für die Unternehmerverbände immer mehr erkennbaren Notwendigkeiten einer Verfeinerung der Methoden des Klassenkampfes spielt aber auch eine nicht zu unterschätzende Rolle die Tatsache, daß sich die allgemeinen Rationalisierungsabsichten auch in den Arbeitgeberverbänden durchzusetzen beginnen. Sehr oft beginnt man dort bereits ganz nüchtern zu fragen, wie-viel die Fortschritt eines Verbandsangestellten an wirk-lichem Nutzen einbringt oder nicht. In einem besonderen Fall sagte einmal der leitende Mann eines Industrie-lernenverbandes: „Wir haben den Syndikus X. entlassen, weil er zu eifrig war. Das war zwar ganz schön und hat die Kampfstimmung erhöht, die Geschäften haben uns aber zum Schluß zuviel Geld gekostet. D e r M a n n w u r d e u n s z u t e u e r . . .“

Weiter: Es darf ferner nicht unterschätzt werden, daß ein Teil der Unternehmerhndikali aus wirtschaftlich be-scheidenden Verhältnissen stammt und in der eigenen Familie die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung und des kapitalistischen Scharfmachertums mit anfieht. So ein Mann wird sehr häufig seine Tätigkeit nicht mehr im vollen Bewußtsein der Güte der Sache, die er vertritt, ausüben, sondern bereits durch gewisse Hem-mungen beeinträchtigt werden. Diese werden ihn zwar nicht veranlassen können, weniger eifrig die Interessenwahr-nehmung für die Unternehmer vorzunehmen, täubt ihm aber bereits einen Teil seiner inneren Kampfkraft. Die reaktionärsten Unternehmerhndikali, die in ihre Tätigkeit auch ein Stück persönliche Gefälligkeit hinein-legen, sind beziehungsweise gerade diejenigen, die selbst aus der Industrie als zweigeborene Söhne ka-pitalistischer Herrscherfamilien hervorgegangen sind. Selbstverständlich kommt es wiederum nicht selten vor, daß es gerade die kleinen Leute sind, die sich besonders pflichtbewußt gebärden. Sie fühlen, daß sie ihre Existenzberechtigung erst nachweisen müssen oder leiden an Respektmangel gegenüber ihren Kollegen von der Gegenseite, die sich den Luxus einer eigenen Gesinnung leisten dürfen. Als bei einem mitteldeutschen Arbeits-gericht kürzlich ein Buchhalter sich im Verlaufe einer Verhandlung beschwerte, daß ihn sein ehemaliger Chef durch Vorlegen einer Ausgleichsquittung um wohlver-dienliche Ansprüche gebracht hatte, meinte der für die Be-klagte erscheinende Syndikus ganz trocken: „Wenn Sie so unflug waren, es zu unterschreiben, ist das Ihre Sache. Ich jedenfalls würde, wenn mir mein Vor-gesetzter so etwas zur Unterschrift vorlegen würde, sofort vermuten, daß hier etwas nicht in Ordnung ist, und mich überhaupt prinzipiell weigern, die Unterschrift unter einen Zettel zu geben, der mit von einem Vorgesetzten in dieser Weise vorgelegt wurde!“ — Der Mann ist also bereits klug geworden . . .

Zusammenfassend darf gesagt werden: Der Syndikus-typus, der nur schnarren und schimpfen kann, nur som-nambulieren und diktieren will, verschwindet langsam, weil er den gegenwärtigen Erfordernissen des Klassen-kampfes nicht mehr in allem entspricht. Man kann freundlich und zuvorkommend und trotzdem scharfmache-riß und reaktionäre bis zum letzten Stein, wendet ins-besondere eine sehr geschickte Arbeitsteilung an, die an die Posten der Front die jeweils geeigneten Menschen hinstellt. Nebenfalls muß vom Standpunkt der Arbeit-nehmerhndikali bedacht werden, daß das eine Entwicklung ist, die von ihren Verbänden in Rechnung gezogen werden muß. Dem neuen Unternehmerhndikus muß in jedem einzelnen Falle ein ihm vollkommen gewach-sener Funktionär der Arbeiterorganisationen gegenübergestellt werden, der im Vergleich zu seinem Gegenpieler den Vorteil hat, nicht nur mit dem Ver-stand, sondern auch mit dem Herzen bei der Sache zu sein, für die er kämpft!

## Der soziale Akt in der Familie

Die folgende Szene ist dem bisher unveröffent-lichten schlesischen Roman „Familie Martek“ von Karl Schröder entnommen. Der Akt erscheint in Mirke im „Ruhderkreis“, Berlin SW 61. (Preis: 1,80 M. pro Band.)

Als Gerda von Hildes Heirat hört, kommt sie gekürzt, alles mit ihr zu beraten. Sie ist lebhaft und freundlich. Aber als sie erfährt, daß Hilde und Martin auf die Feier verzichten, läßt sie die Maske fallen.

„Was denkst du dir eigentlich, Hilde? Was sollen die Leute fragen? Schließlich ist Vater Beamter. Was soll ich Billi lagern und Lorenzens, wenn sie fragen? Wenn man schon nicht stolz sein kann auf die gute Partie — etwas muß man doch tun. Ihr könnt doch nicht zusammenlaufen wie die Zigeuner.“

„Das hat nur unsere Sorge sein, Gerda! Martin und ich sind einig.“

„Der versteht das nicht. Wie soll ein Arbeiter das ver- stehen! Der kann froh sein, daß er in eine Beamtenfamilie heiratet. Du müßt ihn erziehen. Hast du ihm schon ein bißchen Manieren beigebracht?“

„Das deine spitzigen Worte, Gerda. Martin ist klüger und besser als du und ich und wir alle zusammenkommen.“

„Ich überlasse es dir, wie du dich einfügst! . . .“ Gerda schnippt mit den Fingern, die in Kapphandschuhen mit Stulpen stecken, ein Stäubchen von ihrem Pelz — „wenn Mutter das wüßte, sie würde sich schämen. Erst die Geschichte mit Fritz und seiner Karline und jetzt noch dies! — eine feine Familie! . . .“

„Schweig und laß Mutter aus dem Spiel!“

„Was fällt dir ein, du willst mir hier den Mund ver-bieten?! Das wird ja immer schöner. Sie werde wohl noch Vater besuchen können . . .“

„Vater ist nicht zu Hause. Du bist meinetwegen gekom-men. Das hast du ja selbst gesagt.“

„Hilde dir bloß nichts ein, dumme Göre. Dir steigt wohl die feine Heirat in den Kopf . . . Frau „Arbeiter“ Martek. — Was ist er denn? Vielleicht bei der Rationierung? . . .“

„Einen Augenblick schwankt Hilde, ob sie die Schwester ohstzeigen will. Sie bekennt sich aber. Der Gedanke an die Mutter sitzt in den Vorbergründen.“

„Schämst du dich nicht, Gerda, so etwas zu sagen? Ist Arbeit Schande? Mutter hat ihr Leben lang schwer ar-beiten müssen . . .“

„Schlimm genug, aber schließlich war sie eine Schülers-tochter.“

„Jetzt ist's genug? Jetzt gehst du oder ich werf' dich raus . . .“

„Du willst mir wohl drohen? Du läßt wohl schon die Manieren des künftigen Herrn Gemahls . . .“

Gerda steht auf und rüdt, geizert, den Pelz zurecht. Sie spricht vor Hoß; die Augen aber sind eifrig; jede Regung be-herrscht; das Gesicht eine glatte Maske. Jetzt aber sieht sie die Augen Hildes. Es scheint ihr geraten, so schnell als mög-lich zu gehen. Sie hat in den Augen etwas gesehen, was ihr Angst einjagt. —

Hilde muß an den Ausgang laufen. Ihr ist so übel, daß es im Hals würgt. Der Atem geht keuchend; das Herz schlägt laut, als trommelt es gegen ein hohles Gefäß. Sie muß sich setzen; Schweiß bringt auf die Stirn. Deutlich fühlt sie auf einmal Stöße im Leibe. So ein leichtes Drehen der Ein-geweide. Sie kann nicht sagen, wie es ist; sie fühlt es nur und preßt die Hände gegen den Schoß. —

„Mutter! Mutter, wo bist du?“

Aber Hilde ist stark, und sie will stark sein. Sie verzagt.

## Abr kurioser Superlative

Don Fr. W. P o l i n i , Astersleben.

Die größte Ananasfabrik der Welt steht in Honolulu. Sie ist in der Lage, jährlich 250 000 Tonnen Früchte zu ver-arbeiten, das sind 175 Millionen Dosen.

Das älteste Brot der Welt ist im ägyptischen Museum in Berlin. Es wurde im Sarkophag der Pharaonengattin Mentuchopet gefunden und wird auf 4500 Jahre geschätzt.

Die größte Christusstatue steht auf dem Kalvarienberg im Canonicatal, ungefähr 100 Kilometer von Mailand entfernt.

Der berühmteste Degenführer aller Zeiten ist der noch heute in Manchester lebende Cliquot, der umfandte war, 14 schmale, feinabgeschliffene Degen auf einmal zu schärfen. Die erste Epicerantohochzeit fand im Jahre 1930 in Brinn statt. Der Trauakt in der Kirche wurde in Esperanto ge-halten, und die Gäste unterhielten sich beim Hochzeitsmahl ausschließlich nur in Esperanto.

Der erste Fußballwettkampf fand in Florenz am 17. Fe-bruar 1520 statt.

Das größte Gemälde der Welt befindet sich im Benediger Dogenpalast, es ist „Das Paradies“ von Tintoretto und hat folgendes Ausmaß: 11×26 Meter.

Die erste Hypothek, von der wir wissen, wurde vor mehr als 4000 Jahren in Babylon aufgenommen. Im Britischen Museum in London befindet sich das Attenstück darüber — in Form einer Tonplatte mit Keilschrift.

Die größte Insektenammlung der Welt ist im Deutsch-Entomologischen Institut in Berlin-Dahlem. Sie umfaßt 150 000 Insektenarten.

Den größten Juweleninhalt besitzt der Fürst Nizam von Hyderabad.

Die erste öffentliche Kinovorführung erfolgte im De-zember 1893 in einem Berliner Varieté durch D. Mester, den Altmeister der deutschen Filmbühne.

Die ersten Weibsbüchchen wurden 1332 von Pariser Manuskriptenhändlern eingerichtet.

Die erste Margarinefabrik wurde im Jahre 1871 er-richtet.

Die ersten amerikanischen Nähmaschinen wurden 1854 in Deutschland eingeführt. Schneidermeister Commerente in Berlin schaffte eine solche an, und Friedrich Wilhelm IV. beschätzte sie.

Die schwersten Ohrringe tragen die Damen des Stammes der Karo-Batal auf Sumatra. Diese Ohrringe sind bis zu 6 Pfund schwer.

Die größte Funschbottle der Welt hat im Jahre 1786 der englische Lord Russell gebraut. Er gab für Offiziere und Mannschaften seiner Flotte ein reiches Gefolge. Er ließ im Garten ein Bassin mauern, das mit 100 Falschen Cognat, 1200 Falschen Malaga, 600 Falschen Rum und 4 Tonnen kochendem Wasser gefüllt wurde. Hinzu kamen ferner 600 Pfund Zucker und 200 gepulverte Muskatnüsse.

Die größte deutsche Quelle entspringt mit dem Ruhme-sprung bei Herzberg am Harz. Sie gibt 4000 Liter pro Sekunde und fließt sogleich als 4 Meter breiter Fluß ab.

Die längste Rede, die im deutschen Reichstage gehalten wurde, stammt von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Antrid von 15. Dezember 1902. Sie umfaßt 87 Druckseiten im Lexikonformat, jede Spalte 70 Druckzeilen enthaltend.

Die Stadt mit dem kürzesten Namen der Welt liegt in Korea und heißt H.

Das größte Thermometer befindet sich am Turm des Deutschen Museums in München. Die Skala hat eine Länge von 22 Meter.

Die jüngste Urgroßmutter der Welt ist die persische Frau Mirjam Honom in Isfahan. Mit 14 Jahren bekam sie eine Tochter, die mit 15 Jahren Mutter eines Mädchens wurde, das wiederum mit 14 Jahren Mutter wurde. So ist denn Frau Mirjam mit 43 Jahren Urgroßmutter.

Die kleinste Violine der Welt ist von dem englischen Instrumentenmacher Gilbert gefertigt worden. Das winzige Instrument hat nur ein Gewicht von 6 Gramm und besteht aus 100 Teilen und besitzt alle Einzelheiten, die eine gute Violine haben muß.

Die kleinste Waage, ein Wunderwerk der Präzisionstechnik, befindet sich im Physikalischen Institut der Universität Göttingen. Sie kann bis zu einem hunderttausendstel Milligramm wiegen.

Den ersten Johndruth trug im Jahre 1797 der Kurzwärthändler John Hetherington in London. Die Folge war ein Prozeß wegen „Landfriedensbruch und Erregung eines Aufruhrs“.

## Brief eines großen „Patrioten“

„Ermutigt durch das Interesse, welches Eure erhabene Majestät für einen einfachen Industriellen und die glücklichen Ergebnisse seiner Bemühungen und seiner unerhörten Opfer bewiesen haben, wage ich von neuem, mich Altherbst dereliken mit der Bitte zu nahen, geruhen zu wollen, beifolgenden Atlas anzunehmen. Er enthält eine Sammlung von Zeichnungen verschiedener in meinen Verfertigten eingeführten Gegenstände. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß besonders die vier letzten Seiten, welche die Gußstahlkanonen darstellen, die ich für verschiedene hohe Regierungen Europas angefertigt habe, einen Augenblick die Aufmerksamkeit Eurer Majestät auf sich lenken dürfen und meine Kühnheit entschuldigen werden. Mit dem tiefsten Respekt, mit der größten Bewunderung bin ich Eurer Majestät untertäniger und ergebenster Diener.“

Dieser Brief stammt aus dem Jahre 1866.

Die Majestät hieß Napoleon III. ...

## 180 Feiertage im Jahr

Wenigstens das einzige Land der Welt, in dem 180 Feiertage streng eingehalten werden, und das, sicher eine Ausnahme in der ganzen Welt, weder innere noch äußere Schulden hat, ist Mexiko. Die Arbeitsverhältnisse sind in einem Land, das weniger Arbeits- als Feiertage hat, in einer mit europäischen Verhältnissen überhaupt nicht zu vergleichenden Art geregelt. Es gibt hier noch bestimmte der Sklaverei ähnliche Arbeitsformen. Das Verbot der „Internationalen Kundgebung der Arbeit“ enthält eine sehr eingehende Darstellung aller auf das Arbeitsverhältnis bezüglichen Regelungen. Ein Beamter des französischen Ministeriums für Kunst und Volksbildung hat nach längerem Studium dieser Verhältnisse berichtet, daß dadurch besonders wertvoll geworden ist, daß auch der politische und religiöse Hintergrund dieser sozialen Ordnung anschaulich dargestellt ist.

## Vorn!

Alles ist da, überwunden zu werden, und immer ist Neuland das Ziel.

Neuland ist die Aufgabe aller Zeiten gewesen. Und alles Vergangene hatte im Vergehen immer die eine Zielkraft, daß aus ihm das Neue ward.

Nur vorwärts blickt, kann die Vergangenheit verstehen. Nur der zukunftsgebende Mensch sieht die Geschichte, wie sie ist. „Nur aus der höchsten Kraft der Gegenwart“, sprach Nietzsche, „dürft ihr das Vergangene deuten.“ Nur wer in der vorberstehenden Reihe der Stürmenden steht, vorsteht.

Steh vorn! Steh im Sturme der Zeit! Steh vorn im Bolle des Kampfes! Da fühlst du das Regen der großen Geschichte. Da ringen Jahrhunderte aufwärts zum Licht.

Steh vorn! Steh im Kampfe! Sei von den höchsten Kräften deiner Gegenwart erfüllt! Und du trägst die Zeit. Und du fühlst die Geschichte. Und im Kampfe um das Jahrhundert der Freiheit erfüllt die Zeit ihren Sinn durch dich.

## Aus den Zahlstellen

Dresden. Einen ungewöhnlich starken Besuch hatte die Versammlung am 28. Mai für das Steindruckpersonal aufzuweisen. Trotzdem die Mitglieder vom Vordruck schrien, war der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Das war ein Beweis dafür, daß unsere Mitglieder sich endlich wieder auf ihren Kampfsitz besaßen, denn sie in den früheren Jahren besaßen haben und um den wir von vielen Organisationen beneidet worden sind, brachte er uns doch einen Erfolg nach dem anderen. In der heutigen Versammlung lobte dieser Kampfsitz wieder auf, galt es doch dem erneuten Lohnraubverbot der Unternehmer ein energisches Halt zu geben. In längeren Ausführungen berichtete Kollege Herrmann über die Lohnverhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß. Nachdem wir auf Befehl der vorstehenden Versammlung eine Verhandlung mit den Unternehmern abgelehnt hatten, war von diesen der Schlichtungsausschuß angerufen worden. In treffen und scharfen Worten schilderte Kollege Herrmann eingehend die brutale Verhandlungstaktik der Unternehmer. Sie glaubten vielleicht damit weit mehr zu erreichen, zumal sie nur eine sehr magerer Begründung für ihre abermalige Lohnraubforderung geben konnten. Doch alle ihre Begründungen und reaktionären Methoden zerfielen an dem energischen Widerstand unserer Lohnkommission. Kollege Herrmann hatte sich der Mühe unterzogen, eine Statistik darüber auszuwerten, was der Schlichtungsausschuß im Februar den Unternehmern alles für Erparnisse gebracht hat. Das Ergebnis dieser Statistik brachte enorme Summen zugute, welche die Unternehmer jetzt weniger an Lohn- und Ferienentschädigung zahlen. Dieses Beweismaterial verfehlte denn auch nicht seine Wirkung auf den Schlichter. Nach einer fast sechsständigen Verhandlung fällte der Schlichter einen Spruch, der uns einen vollen Erfolg brachte und den bis zum 31. Mai geltenden Lohnsatz um zwei Monats ver-

längert. Am Schluß seines Berichtes betonte Kollege Herrmann, daß nach Ablauf dieser zwei Monate damit zu rechnen sei, daß die Unternehmer jedenfalls erneut mit ihren Forderungen wiederkommen werden. Die Zeit bis dahin muß durch eifrige Agitation in den Betrieben ausgefüllt werden. Jedes Mitglied muß über den Ernst der Situation aufgeklärt werden. Dann wird es auch möglich sein, die kommenden Abwärtstendenzen zu vereiteln. Nach dem Bericht des Kollegen Herrmann bedurfte es erst einer mehrmaligen Aufforderung des Verammlungsleiters, bevor eine Diskussion in Fluß kam. Als sie aber einsetzte, bewegte sie sich in einer ziemlich erregten Form. Es freute sich daran war der Kampfsitz, der zum Ausdruck gebracht wurde, und bedauerlich war daran, daß die meisten Ausführungen sich nicht auf den zur Debatte gestellten heutigen Bericht bezogen. Denn die meisten Diskussionen brachten in aufgeregten Worten ihre Empörung zum Ausdruck über den im Februar erfolgten Schlichterspruch. Von den folgenden Debatterendern wurde ihnen aber entgegengehalten, daß es unangebracht und ungerecht sei, sich heute über einen vor vier Monaten gefällten Schlichterspruch zu entzünden, der damals gegen nur vier Stimmen von der Versammlung angenommen worden war. Die Hälfte der heute Erschienenen hatte es damals nicht für notwendig befunden, in der Versammlung zu erscheinen. Hätte in dieser Versammlung derselbe Kampfsitz geherrscht wie heute, so hätte dieser unglückliche Schlichterspruch niemals Annahme gefunden. Wer Gerechtigkeitssinn hat, muß ohne weiteres zugeben, daß man dafür nicht die Organisation verantwortlich machen kann, sondern diejenigen, die damals die Versammlung geschwänzt haben. Das sind Tatsachen, die für sich sprechen. Die Versammlungen konnten dies sogleich an einem Beispiel feststellen. Von einem Kollegen war der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt worden. In der Abstimmung wurde dieser Antrag mit übergroßer Mehrheit angenommen. Trotz dieser korrekten Abstimmung unternahm einige oppositionell eingestellte Versammlungsbesucher den Versuch, gegen diese Abstimmung Sturm zu laufen und durch Zwischenrufe den Gang der Verhandlung zu stören. Doch die übergroße Mehrheit der Versammlungen brachte die Aufregungen zur Ruhe. Es wurde dann noch der Lohnkommission für ihre Erfolge gedankt. — In seinem Schlußwort wendete sich Kollege Herrmann ganz entschieden gegen das in Erscheinung getretene unparlamentarische Verhalten einzelner Redner. Die Diskussion kritisierte er insofern, daß sich die wenigsten über den heute vorliegenden Schlichterspruch ausgesprochen haben. In impulsiver Weise haben die Redner ihren Gefühlen freien Lauf gelassen. Wenn sie dabei auch nicht immer das richtige Wort fanden, so muß doch erfreulicherweise der Kampfsitz festgehalten werden, der heute zum Ausdruck gekommen ist. Wenn dieser Kampfsitz in den Betrieben weiter fortgepflanzt und erhalten wird, dann wird es uns auch möglich sein, die künftigen Lohnverhandlungen zu unseren Gunsten zu entscheiden. Hierauf wird die Abstimmung über den Schlichterspruch vorgenommen, der von den Anwesenden gegen nur eine Stimme angenommen wird. — Nach Kenntnisnahme einer Anregung des Kollegen Müller, betreffend die Festlegung von Versammlungslokalen, hatte die sehr erregte, aber interessante verlassene Versammlung ihr Ende erreicht.

Jittau. Am 2. Mai hielt unsere Zofistelle eine Mitgliederversammlung ab, die gut besucht war. Kollege Bär gab als Delegierter vom Goping in Jittau als Kollegenchaft einen ausführlichen Bericht. Weiter sprach der Vorsitzende über die surchtbare Wirtschaftslage, über die dauernd steigende Arbeitslosigkeit und den Lohnabbau im graphischen Gewerbe. Es gibt wohl noch einige Orte, die von Arbeitslosigkeit noch nichts gemerkt haben, aber auch welche, die sie um so härter zu spüren bekommen. — Auch ist auf dem Goutag der Wunsch ausgesprochen worden, daß mehr weibliche Mitglieder zu gewerkschaftlichen Arbeiten herangezogen werden, und wenn sie sich eignen, einen Funktionärskursus in der Bundeschule zu Bernau absolvieren können. Pflicht eines jeden organisieren Kollegen sollte es sein, besonders die Jugend zu tüchtigen Gewerkschaftlern heranzuziehen. Kollege Bär sprach dann noch über eingegangene Anträge für den kommenden Verbandstag in Stuttgart. — Zum Schluß stellte der Vorsitzende den Antrag, einen 2. Vorsitzenden zu wählen. Der Antrag wurde angenommen und Kollegin Schneider als 2. Vorsitzende gewählt.

## Rundschau

Der 14. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands (Vierter Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes) findet am Montag, dem 31. August 1931 und folgende Tage in Frankfurt a. M. im „Palmengarten“-Restaurant statt. Tagesordnung: 1. Wahl der Kongreßleitung und der Kommissionen. 2. Bericht des Bundesvorstandes. 3. Die Umwälzungen in der Wirtschaft und die Bierzigtunbewoße. 4. Öffentliche und private Wirtschaft. 5. Entwicklung und Ausbau des Arbeitsrechts. 6. Anträge zu den Bundesversammlungen. 7. Wahl des Bundesvorstandes. 8. Erledigung sonstiger Anträge. Der Kongreß wird am Montag, dem 31. August 1931, vormittags 9 Uhr, eröffnet und voraussichtlich bis Sonnabend, dem 5. September, tagen. Anträge an den Kongreß können nach § 34 der Satzungen von jedem angeschlossenen Verband oder seinen Bezirks- oder Ortsvereinen gestellt werden. Anträge einzelner Gewerkschaftsmitglieder werden also nur dann zugelassen, wenn sie von einem Ortsverein oder dem Zentralverband der Gewerkschaft unterstützt werden. Die Anträge müssen nach § 35 der Satzungen acht Wochen vor dem Kongreß, also bis spätestens zum 4. Juli, an den Bundesvorstand eingereicht werden, der sie spätestens sechs Wochen vor dem Stattfinden des Kongresses zu veröffentlichen hat.

Sozialistische Schulungsture. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit veranfaßt auch in diesem Jahre in Verbindung mit den Bezirksbildungsausschüssen eine Anzahl von Schulungsturen, die je eine Woche dauern und die den Mitgliedern der sozialistischen Arbeiterorganisationen die Möglichkeit bieten, unter sachkundiger Leitung sich in ein bestimmtes Fragegebiet zu vertiefen. Die Kurse finden in schon geeigneten Heimen statt, die den Teilnehmern auch Möglichkeit zur förderlichen Erholung bieten. Die Kosten für Verpflegung und Unterkunft sind so niedrig wie möglich berechnet. Die Teilnehmergebühren betragen für jeden Kursus 5 Mark. Anmeldungen für die Kurse sind entweder an das Sozialdemokratische Parteisekretariat des betreffenden Bezirks oder an den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu richten.

Die Wanderausstellung „Arbeitsitz und Arbeitsitz“, welche der zweckmäßigen Gestaltung des Arbeitsplatzes für die Arbeitslosen gewidmet ist, ist vom 11. bis 20. Juni 1931 (11 bis 19 Uhr) in den Räumen des Preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt in Berlin, Leipziger Straße 3, ausgestellt. Die Wanderausstellung ist vom Reichsarbeitsministerium (Deutsches Arbeitsmuseum), von der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene (Museum für gesundheitsgemäße Arbeitsgestaltung) und dem Reichs-Laboratorium für Wirtschaftlichkeit (Auswahl für wirtschaftliche Fertigung) geschaffen und tritt von Berlin aus ihren Weg in die verschiedenen Industriegebiete Deutschlands an. Die Ausstellung zeigt, durch welche Hilfsmittel unnötige körperliche und geistige Ermüdung vermieden werden kann. Diese Frage ist bei der neuzeitlichen Arbeitsunterteilung, die den Arbeitnehmer zu einseitiger Betätigung und gleichförmiger Körperhaltung zwingt, von besonderer Bedeutung geworden. Es handelt sich insbesondere um Beseitigung oder um Einschränkung von Halstarbeit, die beim Sitzen ohne zweckmäßige Rückenstütze, bei Arbeit im Sitzen mit emporgenehnen Schultern und Armen und durch unnötiges Stehen bei Arbeitsverrichtungen geleistet wird. Dabei wird auf die Gesamteinrichtung und die Beleuchtung von Büro- und Arbeitsplätzen eingegangen. Zunächst werden die Grundzüge der Muskelphysiologie, dann die Grundzüge der zweckmäßigen Arbeits- und Arbeitsplatzgestaltung in Tafeln und Modellen vorgeführt. Einige Arbeitsplätze und Arbeitsitze ergänzen die Ausführungen.

Fahrpreismäßigung für Kriegsbeschädigte. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat Kriegsbeschädigten, die dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverwundeten angehören, für Reisen zum Reichsbund-Erholungsheim Christlessee bei Oberdorf im bayerischen Hochgebirge eine Ermäßigung des Fahrpreises um die Hälfte eingeräumt. Voraussetzung ist, daß der Aufenthalt im Heim unentgeltlich oder zu ermäßigtem Preise gestattet ist. Da sämtliche Mitglieder des Reichsbundes zum ermäßigten Preis in das Reichsbund-Erholungsheim Christlessee aufgenommen werden, kommt diese Vergünstigung also allen im Reichsbund vereinigten Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmern zugute. Bescheinigungen für Erlangung der Fahrpreismäßigung werden nur vom Bundesvorsitzenden ausgestellt und müssen von der zuständigen Ortsgruppe oder der Gauleitung des Reichsbundes beantragt werden. Anfragen wegen Aufnahme in das Erholungsheim sind direkt zu richten an: Waldhotel Christlessee, Oberdorf i. Allgäu. Kriegsbeschädigte können ferner eine 50prozentige Fahrpreismäßigung bei allen Reisen erhalten, die sie in Angelegenheiten der Arbeits- und Berufsfürsorge zum Aufsuchen von Beratungsstellen, die von der amtlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge oder den im Reichsbund gehörigen Kriegsteilnehmer- und Kriegerverwundetenvereinen vertretenen Kriegsoffizierverbänden (wozu der Reichsbund gehört) eingerichtet sind, unternehmen. Die Ausweise für die Gewährung der Fahrpreismäßigung zum Aufsuchen einer Beratungsstelle des Reichsbundes in Angelegenheiten der Arbeits- und Berufsfürsorge werden von den zuständigen amtlichen Fürsorgestellen ausgestellt.

Internationales Glühlampenkartell um 20 Jahre verlängert. Zu den festesten internationalen Kartellen dürfte das Weltglühlampenkartell gehören. Bedeutungslos ist dies vor allem, daß alle Erzeuger von Glühlampen durch dieses Kartell stark sind. Während sich die meisten internationalen Abkommen nur über Europa erstrecken, gehören zum Weltglühlampenkartell auch die Amerikaner und die Japaner. Auf einer Tagung des Glühlampenkartells in London wurde einstimmig beschlossen, dem jetzt laufenden Kartellvertrag um 20 Jahre, d. h. vom 1. Januar 1933 bis Ende 1952 zu verlängern. Es wurden nur geringfügige Änderungen des Vertrages vorgenommen. Man hat weiter beschlossen, die Grundpreise in einzelnen Ländern, vor allem in Deutschland, zu ermäßigen. Man spricht von einer Ermäßigung in Höhe von 20 Prozent. Eine solche Preisherabsetzung wird sicher auf den Absatz belebend wirken. Die internationale Kartellierung von Glühlampen funktioniert deshalb so reibungslos, weil in jedem Lande nur Großerzeuger dieses typisierten und normierten Gebrauchsgegenstandes vorhanden sind. Diese vermögen sich leicht miteinander zu verständigen, zumal sie auch sonst enge Beziehungen unterhalten. Das Weltglühlampenkartell hat seinen Sitz in Genf. Die Spitze ist in der Form einer Aktiengesellschaft zusammengefaßt.

## Literatur

„Bewerber durch die Arbeiterverehrung.“ Neueste Auflage. 30 Seiten. Einzelheft 30 Pf. Bei Wehrbaum Ermäßigungen. Verlagsgesellschaft deutscher Krankenfürsorge m. b. H., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137.

Der Moskauer Prozeß und die Sozialistische Arbeiter-Internationale. 48 Seiten. Einzelheft 45 Pf. Verlag J. F. H. Dieckmann, m. b. H., Berlin.

„Mitarbeiter im Sozialismus.“ Macht und Mensch. Wollen und Leben in Sowjetland. Von Herbert und Elisabeth Seidmann. Organisationspreis 1,95 M. Die Verfasser haben der allgemeinen Einladung der Sowjetbehörden Folge geleistet. Sie haben Sibirien freng und ohne Beschränkung und betrachten — wie es russischer Gewohnheit ist — das Leben in den Sowjetstaaten vom Standpunkte des Weltenerwerbers. Sie berichten sachlich aber interessiert und scharf darüber, wie der Hente heute lebt, d. h. wie er sich nähert, liebt, unterhält, wie er wohnt, reist, befreit und empfindet. Diese anschauliche Schilderung verdient weite Verbreitung, besonders unter der deutschen Arbeiterkraft. Aus diesem Grunde hat die Verlagsgesellschaft des DDBV, Berlin, eine billige Organisationsausgabe beschlossen, deren Ankündigung empfohlen werden kann.

## Abrechnungen

In der Woche vom 1. bis 6. Juni sind die Abrechnungen des ersten Quartals vom Gau 1 aus Köln, Gau 5 aus Dresden, Gau 7 aus Stettin und Gau 8 aus Berlin bei der Hauptkasse eingegangen.

Geldsendungen kamen aus Köln 11 774,45 M. und aus Stuttgart 1126,40 M.

Berlin, den 6. Juni 1931. J. Loda H.

Für die Woche vom 7. Juni bis 13. Juni ist die Beitragsmarke in das 24. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: E. S. u. L. e. Charlottenburg. Verantwortliche H. Bruns. Amt Weidung 1931. — Verantw. D. Hoda. Charlottenburg. Verbandsrat: Verband der graphischen Mitarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands Verbandsvorstand. Charlottenburg 9. Weierheidstraße 6. — Druck: Enddruckwerkstätte GmbH, Berlin SW 62, Dreifundstraße 6.